

Bericht und Kurzzusammenfassung: Auftaktveranstaltung zur Mediation Freiflächenphotovoltaik in Heidenrod

Am Montag, den 8. Dezember 2025, fand in der Römerhalle in Heidenrod-Kemel die Auftaktveranstaltung zur Mediation zum Thema Freiflächenphotovoltaik statt. Rund 70 Bürgerinnen und Bürger nahmen teil, vor allem Interessierte aus dem Ortsteil Springen.

Worum geht es?

Die Gemeindevertretung hatte im Frühjahr beschlossen, dass eine solche Mediation stattfinden soll, nachdem die Planung für einen Solarpark in Springen auf Kritik in der dortigen Bürgerschaft gestoßen war. In dem Zuge waren auch Fragen und Diskussionen zur Herangehensweise bei der Planung von Freiflächenphotovoltaikanlagen im Gemeindegebiet insgesamt aufgekommen. Im Rahmen der Mediation sollen nun Bürgerinnen und Bürger ihre Hinweise und Meinungen zur Freiflächenphotovoltaik in den politischen Dialog einbringen können. Mit Blick auf die konkreten Projekte sollen mögliche Spielräume für Kompromisse bei der Planung erkundet werden, erläuterten Christiane Freitag und Sarah Knöll vom Bürgerforum Energiewende der LandesEnergieAgentur Hessen, die die Auftaktveranstaltung moderierten und die Mediation insgesamt umsetzen sollen. Ein mögliches Mediationsergebnis würde an die Gemeindevertretung zurückgehen, die dann entscheiden müsste, wie sie das Ergebnis in Form politischer Beschlüsse umsetzt.

Herangehensweise der Gemeinde: Strukturierter Prozess um Freiflächenphotovoltaik zu steuern

Die grundsätzliche Herangehensweise der Gemeinde bei der Freiflächen-Photovoltaik war Thema des ersten Teils der Veranstaltung. In zwei einführenden Gesprächsrunden erläuterten Bürgermeister Volker Diefenbach sowie Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen in der Gemeindevertretung, dass die Gemeinde sich bereits seit 2023 mit dem Thema befasst. Unter dem Eindruck der Energiekrise in Folge des Beginns des Kriegs in der Ukraine, neuer gesetzlicher Regelungen zum Ausbau erneuerbarer Energien und mehrerer konkreter Projektanfragen wollten die politischen Gremien einen strukturierten Prozess anstoßen. Damit sollte die Gemeinde, fachlich begründet und mit einheitlichen Kriterien steuern und entscheiden können, wo sie Solarparks ermöglicht, anstatt sich von einzelnen Projektanfragen treiben zu lassen und nur darauf zu reagieren. Bei der Erarbeitung dieser Kriterien hatte die Gemeindevertretung auch die örtliche Landwirtschaft und den Naturschutz beteiligt. Zu den vereinbarten Kriterien gehört beispielsweise, dass in landschaftlich besonders wertvollen Bereichen, auf hochwertigem Ackerland oder in bestimmten Schutzgebieten für den Naturschutz keine Photovoltaikanlagen möglich sein sollen. Zudem sollen insgesamt auf nicht mehr als 1,5 Prozent der Gemeindefläche Solarparks ermöglicht werden. Anhand der Kriterien war dann eine Potenzialanalyse für das gesamte Gemeindegebiet erarbeitet worden. Darin werden vier mögliche Solarpark-Flächen, in den Ortsteilen Springen, Laufenselden, Huppert und Wisper identifiziert, bei denen auch der Anschluss an das Stromnetz für technisch praktikabel gehalten wurde. Für diese vier Flächen haben sich in der Folge Interessenten gefunden, die Freiflächenphotovoltaikprojekte darauf skizziert haben. Die Gemeindevertretung hat Bebauungspläne dafür auf den Weg gebracht.

Skepsis und Kritik – Informationspolitik und Konsistenz der Kriterien hinterfragt

Bei der Veranstaltung in Kemel äußerten sich Bürgerinnen und Bürger teils kritisch zu dieser Herangehensweise. In der Diskussion wiesen sie auf die bereits bestehende Belastung durch Windenergie hin sowie eine als unzureichend empfundene Informationsvermittlung durch die Gemeinde. Auch wurde die Mutmaßung geäußert, Kriterien seien projektspezifisch angepasst worden. Die Gemeinde wies dies zurück und betonte, alle Kriterien seien fachlich basiert. Zudem seien alle formalen Informations- und

Beteiligungsschritte eingehalten worden seien. Auch gegenüber der Mediation generell wurde Skepsis geäußert. Vertreter der Gemeindevertretung appellierten an die Bürger, dem Verfahren eine Chance zu geben.

Vier Freiflächenphotovoltaik-Projekte – Kritik am Solarpark in Springen

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die vier Solarparkprojekte vorgestellt und diskutiert. Die Grundlage dafür bildete jeweils der aktuelle Stand der Bauleitplanung für die Projekte, die Bauamtsleiter Udo Zindel und das Planungsbüro Hendl + Partner erläuterten. Für alle Projekte sei eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt worden. Aktuell ruhen die Bauleitplanverfahren, bis zum Abschluss des Mediationsverfahrens. An Stellwänden mit Lageplänen und Eckdaten zu den vier Projekten konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über die Projekte informieren und schriftliche Hinweise abgeben. Vertreter des Unternehmens Reventon, Projektierer des geplanten Solarparks in Springen, stellte eine aktualisierte Solarparkplanung vor. Anlass ist die von der Gemeindevertretung im Herbst 2025 beschlossene Begrenzung der Einzelprojekte auf 15 Hektar.

An den Stellwänden und im anschließenden Austausch im Plenum wurden insbesondere die Größe des Projekts in Springen und die damit verbundene Beeinträchtigung des Landschaftsbildes thematisiert. Auch nach Anpassung auf 15 Hektar sei der Solarpark noch unverhältnismäßig groß, wenn man die Größe des Ortes selbst im Vergleich sehe. Zudem wurden Nutzen und Auswirkungen für die Bevölkerung sowie verfahrensrechtliche Fragen angesprochen. Bürgermeister Diefenbach wies den Vorwurf eines Verfahrensfehlers zurück und stellte klar, dass der Ortsbeirat Springen im Bauleitplanverfahren ordnungsgemäß beteiligt worden sei. Insgesamt wurde bei der Auftaktveranstaltung deutlich, dass in Springen eine mehrheitliche Ablehnung des Projekts besteht. Dies habe auch eine Befragung im Ortsteil im April gezeigt, die mehrfach angesprochen wurde. Aus den übrigen betroffenen Ortsteilen waren nur wenige Bürgerinnen und Bürger zur Auftaktveranstaltung gekommen. Es wurden keine Hinweise zu den dort geplanten Projekten abgegeben.

Wie geht es weiter?

Abschließend wurde der weitere Ablauf des Mediationsverfahrens skizziert. In einem nächsten Schritt ist bis Ende Februar 2026 ein weiterer Termin in Springen vorgesehen, bei dem insbesondere die Sichtweisen zum dort geplanten Projekt sowie mögliche Lösungsansätze vertieft diskutiert werden sollen. Die Organisation und Moderation dafür übernimmt wie auch für das gesamte Mediationsverfahren das Bürgerforum Energiewende Hessen.